

Nützliche Nachrichten 5/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 9. Juni 2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Der Mord an einem Richter zeigt die tiefen Gräben in der Gesellschaft

Von Rainer Hermann

Zwei Attentate haben die Türkei aus dem Gleichgewicht gebracht. Am 9. November 2005 hatten Mitglieder des Geheimdienstes der Gendarmerie in Semdinli einen kurdischen Intellektuellen mit der Absicht angegriffen, zwischen der Staatsgewalt und kurdischen Nationalisten den Haß wieder zu entfachen. Ebenfalls Provokateure, die dem "tiefen Staat" zuzurechnen sind, haben am 17. Mai in Ankara im Gerichtssaal einen der höchsten Richter der Türkei ermordet. Da dieser mit seinen Urteilen gegen das islamische Kopftuch bekannt geworden war, heizt der Mord den schwelenden Konflikt zwischen der laizistischen Staatselite und der islamischen Regierung der regierenden AKP an.

Nach kurzen goldenen Jahren kehrten die beiden Traumata zurück, welche die Republik seit ihrer Gründung 1923 beherrschen: die Angst vor der "religiösen Reaktion" (irtica) und vor dem kurdischen Separatismus (bölücülük). Der große nationale Konsens zum EU-Projekt hatte einige Jahre die tiefen Gräben in der Türkei überbrückt. Nach der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen begann der Konsens zu bröckeln, auch wegen der zunehmenden türkeikritischen Stimmen in der EU. Seither beherrscht die Innenpolitik die Diskussion. Dabei zeigt sich, daß es auch die EU-Perspektive bisher nicht geschafft hat, das Land aus seiner Polarisierung zu führen. Die Attentate haben die Spannungen wieder an die Oberfläche gebracht, mit dem Mord an dem Richter haben sie das Zentrum der Hauptstadt erreicht.

Im kurdischen Südosten nehmen die Gefechte zwischen den türkischen Sicherheitskräften und der kurdischen PKK, die sich in ihrem Zerfallsprozeß noch einmal radikalisiert, wieder zu. Für die AKP-Regierung rächt sich, daß sie in den vergangenen Jahren die Integration der Kurden in die Politik und die wirtschaftliche Entwicklung der Kurdenregion vernachlässigt hat. Heute darf sie

sich aus Gründen der Staatsraison in der Kurdenfrage nicht weich zeigen.

Beim Richtermord ist die AKP nicht länger in der Defensive. Zunächst war ihr für den Mord eine geistige Mitschuld unterstellt worden. Das änderte sich, als Einzelheiten über das Umfeld des Täters bekannt wurden und als die Polizei in der letzten Woche in Ankara eine kriminelle Vereinigung mit dem Namen "Atabeyler Bande" aushob. Die Polizei verhaftete neun Personen, unter ihnen einen pensionierten Major und einen aktiven Hauptmann der Armee. Sie stellte Anti-Personen-Minen und Gewehre derselben Art sicher, die der Täter am 17. Mai benutzt hatte. Ferner Pläne der Wohnungen des Ministerpräsidenten Erdogan, seines Beraters Zapsu sowie mehrerer Richter. Die These gewinnt damit an Gewicht, daß der Mord nicht von einem Islamisten begangen wurde, sondern von der organisierten Kriminalität.

So ist der Attentäter vom 17. Mai, der Anwalt Alparslan Arslan, mit dem Anwalt von Sedat Peker gut bekannt, einem der Paten der türkischen Mafia. Zur Gruppe um Peker gehört ferner der pensionierte Hauptmann Muzaffer Tekin, der Arslan "geführt" haben soll. Tekin wiederum unterhält enge Beziehungen zu wichtigen Figuren des "Susurluk-Skandals", der 1996 die Verfilzung von Teilen des Staats, der Politik und der Unterwelt aufgedeckt hatte. Tekin ist vom türkischzyprischen Volksgruppenführer Denktasch hoch dekoriert worden, sein Haus hat er aus Angst vor dem Abhören seiner Telefone mehrfach mit Aluminium abschirmen lassen, und er ist Abonnent der Zeitschrift "Türk Solu", des Organs der losen Allianz der rechten und linken Nationalisten der Türkei, die "Kizilelma" (roter Apfel) genannt wird. (...)

Diese Kizilelma-Allianz schürt die Emotionen besonders bei den Themen Armenier und Zypern - Themen, denen sich viele Türken nicht verschließen können. Im März organisierte sie die Berliner Demonstrationen für den Jungtürkenführer Talat Pascha. Heute wendet sich die "Kizilelma"-Ideologie vom Westen ab und huldigt einem Isolationismus: die rechten Nationalisten, weil ihr Ideal "Turan" ist, die zentralasiatische

Heimat der Türken, und die linken, weil sie sich als Avantgarde gegen den Imperialismus verstehen.

Auch wenn diese Denkwelt verquast wirkt: Über ihre Einbindung in die Strukturen des "tiefen Staats" gewinnt sie an Bedeutung und zieht andere mit. In Erinnerung ist noch die Anklage gegen die deutschen politischen Stiftungen durch den nationalistischen Staatsanwalt Nuh Mete Yüksel vor vier Jahren. Die angeblichen Beweise für die vorgeblich konspirative Tätigkeit der Stiftungen hatte ein Professor Hablemitoglu zusammengetragen, der später unter mysteriösen Umständen ermordet wurde.

Nun hellt sich das Umfeld des Attentäters vom 17. Mai auf. Niemand rechnet damit, daß je ans Licht kommen wird, wer den Mord angeordnet hat. Ein Kalkül der Attentäter aber ist aufgegangen: Der Mord hat die Diskussion über das Staatsprinzip des Säkularismus angeheizt. Eingesetzt hatte die jüngste Runde am 12. April, als Staatspräsident Sezer in der Kriegerakademie ungewohnt scharf die Gefahr der "religiösen Reaktion" angeprangert hatte. Dann brachte der Mord die längst überwunden geglaubte Polarisierung zurück. Der Machtkampf zwischen der kemalistischen Staatselite - Militär, Bürokratie und Justiz - und der Regierung Erdogan ist damit in eine entscheidende Phase getreten. Mit dem Argument, die AKP-Regierung sei eine Gefahr für den Säkularismus und habe keine Legitimität mehr, sollen vorgezogene Wahlen erzwungen werden, aus denen - so lautet die Hoffnung - eine andere Regierungspartei hervorgehen werde. (...)

Die Staatselite spielte in den Tagen nach dem Mord mit ihren Muskeln. Zum Beispiel bei der Gedenkfeier für den getöteten Richter, bei der am Sarg die höchsten Generäle und Richter standen, in die hinteren Reihen aber die Regierung verbannt war. Oder als Generalstabschef Hilmi Özkök die Massenaufmärsche in Ankara guthieß und sich viel mehr von ihnen wünschte. Armeenaher Kolumnisten wie Mustafa Balbay von "Cumhuriyet" beschwören seit langem die Unzufriedenheit jüngerer Offiziere, auf welche die Generalität Rücksicht zu nehmen habe. Andererseits hat die AKP bei jenen Glaubwürdigkeit verloren, die sie zwar nicht gewählt haben, aber ihre Reformpolitik unterstützten. Die AKP ist nicht mehr die Reformpartei der letzten Jahre, die sich für die Freiheit des einzelnen stark gemacht hat. (...) Die Türkei ist wieder ein blockiertes Land.

(FAZ, 7.6.2006)

Ereignis-Kalender

EU-Türkei: „Reformen werden nach und nach wieder einkassiert“

Ein halbes Jahr nach der feierlichen Aufnahme der Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU ist die Zeit der Schönredner endgültig vorbei. Nach und nach kehren beide Seiten zu einer realistischeren Sicht der Beziehungen zurück.

Von einer Annäherung der Türkei an westliche Liberalität und Rechtsstaatlichkeit kann derzeit nicht die Rede sein. Im Gegenteil: In Brüssel verstärkt sich der Eindruck, dass die Regierung des gemäßigten Islamisten Recep Tayyip Erdogan das Rad der Reformen wieder zurückdrehen will, die ihr im vergangenen Jahr als Schlüssel fürs Vorzimmer der EU gedient haben. „Wir müssen feststellen, dass sich in der Türkei seit der offiziellen Aufnahme der Beitrittsverhandlungen endgültig nichts mehr bewegt hat“, sagt die Vorsitzende der Türkei-Delegation des Europäischen Parlaments, Renate Sommer. Nach einem Besuch des parlamentarischen Ausschusses in Ankara und Gesprächen

mit den Botschaftern von EU-Staaten zieht die Christdemokratie eine ernüchternde Bilanz: Die türkische Regierung sei dabei, einige der auf Druck der EU erreichten Reformen „nach und nach wieder einzukassieren.“ Das von der Regierung eingebrachte Antiterrorgesetz zum Beispiel würde dazu führen, dass mindestens 20 Prozent der nach dem Strafgesetzbuch definierten Verbrechen künftig als Terrorakte eingestuft werden könnten. Die Meinungs- und Pressefreiheit, die ohnehin engen Regeln unterliege, drohten „erneut massiv eingeschränkt“ zu werden.

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn hat der Türkei aufgrund des schleppenden Reformtempos mit einer Unterbrechung der Beitrittsgespräche gedroht. Ankara müsse seine Verpflichtungen gegenüber den EU-Mitgliedstaaten erfüllen, sagte Rehn am Mittwoch in Sofia. "Das ist der beste und einzige Weg, eine Unterbrechung der Gespräche zwischen der EU und der Türkei später in diesem Jahr zu vermeiden." Um den Beginn der Beitrittsgespräche im vergangenen Oktober zu sichern, hatte Ankara im Juli eine Verpflichtung zur Ausweitung des mit der EU bestehenden Zollabkommens auf alle zehn neuen Mitgliedsländer, darunter auch Zypern, unterzeichnet. Dennoch dürfen zyprische Flugzeuge und Schiffe türkische Häfen und Flughäfen nicht nutzen.

In Brüssel fürchtet man jedoch, dass Premierminister Erdogan, der sich Hoffnungen auf das Amt des Staatspräsidenten macht, bis zu den Wahlen im Frühjahr 2007 keinen Zentimeter nachgibt. Seine islamisch geprägte Regierung steuert auf allen Feldern – Zypern, Zollunion, Kurden, Leugnung des türkischen Völkermords an den Armeniern – unerbittlich einen Kurs der Härte. Offenbar will Erdogan seinen zunehmend europaskeptischen Wählern demonstrieren, dass er die nationalen Interessen der Türkei gegenüber der EU durchsetzen kann. „Wenn wir das durchgehen lassen, hat die EU endgültig verloren“, sagt die Vorsitzende der Türkei-Delegation des Europaparlaments. „Wir dürfen nicht zulassen, dass es zu einem Beitritt der Türkei zu türkischen Bedingungen kommt.“

(Der Tagesspiegel, 16.5.06; yahoo, 17.5.06)

IHD: Rechtsverletzungen wie in den 90er Jahren

Die Zweigstelle Diyarbakir des Menschenrechtsvereins IHD hat eine Bilanz der Menschenrechtsverletzungen der ersten vier Monate des Jahres 2006 in den kurdischen Provinzen der Türkei veröffentlicht. Demnach haben bei Gefechten und gewalttätigen Auseinandersetzungen 89 Personen, bei Angriffen unbekannter Täter und extralegalen Hinrichtungen 30 Personen und durch Minen und Sprengstoffexplosionen vier Personen ihr Leben verloren. Die Gesamtzahl lautet 123. Im gleichen Zeitraum wurden 2015 Personen festgenommen und 884 Personen verhaftet. Wie der IHD-Vertreter für kurdische Gebiete Mihdi Perincek sagte, erinnert der Anstieg der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei an den der neunziger Jahre. Verglichen mit dem Jahr 2004 habe ein Anstieg der Rechtsverletzungen von 400 Prozent stattgefunden, im Vergleich mit dem Jahr 2005 sogar von 445 Prozent.

Perincek erinnerte weiterhin daran, dass bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in Diyarbakir und Umgebung 13 Menschen ums Leben gekommen sind, davon fünf Minderjährige. Den Entwurf zum neuen Antiterrorgesetz bezeichnete er als Ende des EU-Beitrittswunsches. Im Verweis auf die Bombenanschläge in Istanbul auf das Gebäude der Tageszeitung Cumhuriyet sowie in Trabzon auf mehrere

Parteizentralen und das Attentat auf Richter des Obersten Verwaltungsgerichtshofes in Ankara erklärte Perincek: „Diese Vorfälle sollten nicht als planlos und individuell betrachtet werden. Wir verurteilen die Kräfte, die hinter diesen Anschlügen stecken, sowie die Mentalität, mit der das Recht auf Leben verletzt wird. Wir warnen alle Bürger davor, sich auf solche Provokationen einzulassen. Eine Rückkehr in die Türkei der neunziger Jahre bedeutet einen Verlust für alle.“

(ANF, 18.5.06, ISKU)

Auch in Izmir sind Kurden unerwünscht

In der Stadt Bagyurdu im Kreis Kemalpaşa (Izmir) waren kurdische Landsleute gezwungen, die Stadt nach den Vorfällen vom 19. Mai zu verlassen. An diesem Tag hatte eine Gruppe von Transporteuren aus Bitlis erst eine Diskussion mit Ordnungshütern, die unter Beteiligung anderer zu einer handfesten Schlägerei wurde. Auch Waffen wurden eingesetzt und 13 Personen wurden verletzt. Dazu gehörte auch der 2. Vorsitzende des Idealistenvereins in Bagyurdu, Sami Özdemir. Er erlag seinen Verletzungen am 21. Mai. Die Nachricht seines Todes führte zu einer Demonstration von Rechtsradikalen in der Stadt. Sie griffen die Häuser von Kurden an. Unter dem Schutz von Gendarmen mussten die Familien Albayrak und Candan (aus Bitlis) die Stadt verlassen. Weitere 8 Familien verließen die Stadt, nachdem die Übergriffe am 22. Mai anhielten.

Am 7. Juni teilte Yeni Özgür Politika mit, dass sich ein ähnlicher Vorfall auch im Pancar Distrikt bei Torbali, ebenfalls Izmir, ereignet hat. Etwa 500 Türken griffen 2 kurdische Jugendliche an und versuchten sie zu lynchen.

(DTF Infopost 21/06, info@tuerkeiforum.net; Cumhuriyet und Radikal, 22. und 23.5.06, Yeni Özgür Politika, 7.6.06)

Ist Kurdisch frei?

Politische Gefangene in Burdur, Sivas und Buca (Izmir) haben sich beschwert, dass sie bei Telefonaten mit ihren Angehörigen nicht Kurdisch sprechen dürfen. Sadiye Yılmaz sagte, dass sie mit ihrer Tochter in Buca immer Kurdisch gesprochen habe, das Telefonat am 11. Mai aber vom Wärter beendet wurde, da es in Kurdisch geführt wurde. Am 18. Mai habe man ihr nicht erlaubt, ihre Tochter zu sprechen.

(DTF Infopost 21/06; Özgür Gündem vom 25.5.06)

Konferenz gegen die Verschleppung

Rund 300 Menschen aus 20 Ländern nahmen in der kurdischen Metropole Diyarbakir an den Tagen 20.-21. Mai 2006 an einer Konferenz gegen die Verschleppung und Ermordung von Oppositionellen durch die türkische Polizei und durch Todesschwadronen teil. Die Konferenz bildete den Abschluß einer Aktionswoche gegen das Verschwindenlassen. Ausgerichtet wurde sie vom „Internationalen Komitee gegen das Verschwindenlassen“ (ICAD) und dem „Verein von Familienangehörigen von Verschwundenen“ (YAKAY-DER). Es war nicht die erste Konferenz dieser Art. Das ICAD hat wiederholt Konferenzen gegen das „Verschwindenlassen“ von Menschen in betroffenen Staaten ausgerichtet. So hofft man, sozialen Bewegungen vor Ort und Angehörige der Opfer unterstützen zu können. Seit Mitte der neunziger Jahre gab es Konferenzen in Deutschland, in der Türkei, Kolumbien und den Philippinen. Baki Selcuk vom Internationalen Büro des ICAD

betonte, daß insbesondere in den kurdischen Landesteilen der Türkei das Verschleppen von Personen in Polizeigewahrsam und Exekutionen auf der Straße immer noch stattfinden. Während des schmutzigen Krieges im vergangenen Jahrzehnt waren zudem Hunderte Politiker, Intellektuelle und Gewerkschafter von staatlichen Todesschwadronen ermordet wurden.

„Wer Menschen verschwinden läßt, wird verlieren“, hieß es daher auch auf den Plakaten zu der Konferenz, die in ganz Diyarbakir ausgehängt worden waren. Delegierte verteilten Flugblätter in der Innenstadt, organisierten ein Treffen, auf dem Bilder verschwundener Aktivisten gezeigt wurden, und pflanzten einen „Wald für die Verschwundenen“ am Stadtrand. Bewußt übertraten Redner Auflagen der Polizei, die unter anderem die Wörter „Kurdistan“ und „Guerilla“ unter Strafe stellten. Kurzfristig ließen die massiv präsenten Polizeikräfte den Saal räumen, nachdem Delegierte gegen das Abfilmen der Teilnehmer, Paßkontrollen und die Festnahme einer Übersetzerin protestiert hatten.

„Wir führen seit 30 Jahren unseren Kampf, damit die Mörder in Argentinien zur Rechenschaft gezogen werden“, erklärte Diana Kordon von den argentinischen Müttern vom Plaza de Mayo, und: „Euch gehört unsere Solidarität“. Die Lage der unterdrückten Völker in der Türkei seien mit den Leiden des palästinensischen Volkes identisch, meinte Osame El Tamini von der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas. In beiden Fällen sei die internationale Solidarität wichtig. Wie empfindlich der türkische Staat auf die Thematisierung seiner Verbrechen reagiert, zeigte sich ausgerechnet während der „Woche der Verschwundenen“, als gegen mehrere Menschen hohe Haftstrafen verhängt wurden. Sieben Wissenschaftler eines Forschungsverbandes wurden wegen „Propaganda für die PKK“ zu jeweils 20 Monaten Haft und einer Geldstrafe verurteilt, weil sie während eines Kulturfestivals eine Fotoausstellung gezeigt hatten, auf der Bilder von „Verschwundenen“, gefallenen Guerillakämpfern und getöteten türkischen Soldaten zu sehen waren.

(Yeni Özgür Politika, 18.5.06; junge Welt, 22.5.06)

UN-Sonderberichterstatterin untersucht Selbstmorde in Batman

Zur Untersuchung der in diesem Jahr erneut angestiegenen Frauenselbstmorde in Batman reiste die UN-Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission zum Thema Gewalt gegen Frauen, Yakin Ertürk, nach Batman. In diesem Jahr haben bereits 36 junge Frauen in Batman Selbstmord begangen. Damit ist die Anzahl jetzt schon höher als die Gesamtzahl aus dem Jahr 2005. Teil der Untersuchung Ertürks wird auch der Einfluss des neuen türkischen Strafgesetzes sein, nach dem so genannte „Ehrenmorde“ härter als zuvor bestraft werden. Nach der Meinung von Frauenrechtlerinnen führt diese Verschärfung zu einem Ansteigen der Selbstmordrate, da Frauen nunmehr gezwungen werden, den „Ehrenmord“ durch Selbsttötung selbst zu vollstrecken bzw. „Ehrenmorde“ verstärkt als Selbstmorde vertuscht werden.

Laut der Meldung in Hürriyet vom 26. Mai 2006 sind in den letzten 5 Jahren 402 Menschen in Batman durch Selbstmord umgekommen. Ein Drittel der durch Selbstmord gestorbenen Menschen sind junge Männer. Die Alter lag laut dem Bericht zwischen 15-25 Jahren.

(Yahoo!, Die Standard und ANF, 24.5.06, ISKU; Hürriyet, 26.5.06)

Erdogan: Türken werden assimiliert

Am Rande seines Staatsbesuchs in Berlin hatte Recep Erdogan der Bundesregierung gravierende Versäumnisse vorgeworfen. "Speziell gegenüber den Türken, gegenüber den Muslimen gibt es ein Verhalten, das nicht akzeptabel sein sollte", sagte Erdogan einer deutschen Wirtschaftszeitung. "Fast alle türkischen Vereine sind sich einig, dass in Deutschland die Ausgrenzung von Ausländern zunimmt."

Zudem würden Ausländer gedrängt, ihre Identität aufzugeben: "Unter dem Namen Integration versuchen manche, die Assimilation voranzutreiben. Es ist fast so, dass gesagt wird: Wenn Du Dich nicht assimilierst, dann schau, wohin du gehen kannst."

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Hans-Peter Uhl (CSU), warf Erdogan vor, er stelle "die wirklichen Verhältnisse auf den Kopf": "Das ist eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen. Unsere Integrationspolitik richtet sich nicht gegen türkische Bürger, sondern gegen die systematische Selbstaussgrenzung von türkischen Gruppen in Parallelgesellschaften." Mit Angeboten allein könne Integration nicht glücken. "Wir müssen auch dafür sorgen, dass Integrationsverweigerung von Türken in Deutschland sanktioniert wird", so Uhl gegenüber unserer Zeitung.

Der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz bezeichnete die Äußerungen Erdogans als "überspitzt und übertrieben". Niemand müsse sich in Deutschland assimilieren. "Die religiöse und kulturelle Identität muss man nicht verleugnen, wenn man dauerhaft in Deutschland lebt oder den deutschen Pass erwirbt."

Grünen-Chefin Claudia Roth dagegen mahnte, Erdogans Kritik müsse ernst genommen werden. "Sie belegt, dass Vorgänge wie der von Baden-Württemberg vorgelegte Muslim-Test oder die innenpolitische Debatte über den EU-Beitritt der Türkei dort in hohem Maße als ausgrenzend empfunden werden." Andererseits dürfe der türkische Regierungschef Deutschland nicht Assimilierung vorwerfen und dabei vergessen, "dass es auch nicht richtig sein kann, Kurden in der Türkei assimilieren zu wollen. Auch sie haben ein Recht auf Bewahrung ihrer Identität und Sprache."

(Financial Times Deutschland, 29.5.06; Merkur online, 30.5.06)

Osman Baydemir unter Anklage

Der Oberbürgermeister der kurdischen Stadt Diyarbakir, Osman Baydemir, muß sich vor Gericht verantworten, weil er der Überführung eines im Kampf getöteten Mitglieds der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in einem städtischen Krankenwagen zugestimmt haben soll. Dem Bürgermeister droht ein Jahr Gefängnis. Mit angeklagt sind unter anderen drei seiner Mitarbeiter, darunter der Leiter der Friedhofsverwaltung. Der im März vergangenen Jahres getötete PKK-Kämpfer war von Diyarbakir zur Beerdigung in die rund 250 Kilometer entfernte Stadt Gaziantep transportiert worden. Durch das dem Fahrer des Krankenwagens gezahlte Wegegeld von 16,80 Lira (rund 10 Euro) sei außerdem der Stadtkasse ein finanzieller Schaden entstanden, heißt es in der Anklageschrift. Baydemir war Anfang des Jahres von türkischen Medien hart angegriffen worden, weil er öffentlich um getötete PKK-Mitglieder trauerte, die bei den Unruhen in Kurdistan getötet worden waren.

Es ist nicht das erste Mal, dass Baydemir ein Prozess droht. Der ehemalige Menschenrechtler, der vor zwei Jahren als Vertreter

der prokurdischen DEHAP an die Spitze der Kommune gewählt wurde, hatte immer wieder Ärger mit den Behörden. Der Grund: Baydemir wird von der Regierung vorgeworfen, dass er sich nicht eindeutig von der PKK distanzieren würde.

(Yeni Özgür Politika, 30. und 31.5.06; FAZ, Der Standard und Milliyet, 31.5.06, Yeni Özgür politika, 1. und 2.6.06)

Meinungsfreiheit in der Türkei

Innerhalb von zwei Tagen fanden in der Türkei Gerichtsverfahren gegen sechs Personen aufgrund von Meinungsfreiheit statt. In dem Aufruf der Initiative für Meinungsfreiheit hieß „Das Fest geht weiter, reservieren Sie sich Plätze!“

Perihan Magden: Gegen die Journalistin Perihan Magden fand am 7. Juni in Istanbul eine weitere Verhandlung statt aufgrund eines Artikels mit der Überschrift „Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist ein Menschenrecht“, der in der Zeitschrift „Yeni Aktüel“ veröffentlicht wurde. Die Anklage lautet auf „Abkühlung der Beziehung des Volkes zum Militär“ laut § 118 Türkisches Strafgesetzbuch.

Prof. Dr. Murat Belge: Das Verfahren gegen den Journalisten der Tageszeitung „Radikal“ aufgrund eines Artikels mit der Überschrift „Ein Gerichtsurteil“ fand am 8. Juni in Istanbul statt. In dem Artikel hatte Belge den Gerichtsbeschluss zur Annullierung der Armenier-Konferenz kritisiert. Belge ist nach § 288 des türkischen Strafgesetzbuches wegen Beeinflussung der Justiz angeklagt.

Pinar Selek: Am gleichen Tag wurde die türkische Soziologin Pinar Selek vor Gericht geführt. Sie wird als Separatistin beschuldigt und wurde am 8. Juni freigesprochen.

Hasip Kaplan: Ebenfalls fand am 8. Juni eine Verhandlung gegen den Juristen Hasip Kaplan wegen eines Fernsehauftrittes statt. Die Anklage gegen Kaplan lautet auf „gefährliche Anstachelung zu Feindschaft“ nach § 216.

Ismail Saymaz: Auch der ehemalige Vorsitzende des Istanbulers Vereins zeitgenössischer Journalisten (CGD) Ismail Saymaz wurde am gleichen Tag zum Gericht zitiert. Der Korrespondent der Tageszeitung „Radikal“ ist wegen eines Artikels mit der Überschrift „Folter an elfjährigem Kind?“ wegen Beeinflussung der Justiz angeklagt.

Ahmet Önal: Nachdem der Besitzer des Verlages Peri, Ahmet Önal, bereits am 31. Mai diesen Jahres wegen eines anderen Buches zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, musste er am 9. Juni erneut wegen „Beleidigung Atatürks“ aufgrund der Veröffentlichung des Buches „Alevitentum in Dersim“ auf der Anklagebank sitzen. Gegen den Verleger wurden bis heute 27 Prozesse geführt.

(Initiative für Meinungsfreiheit, 30.5.06, ISKU; Yeni Özgür Politika, 9.6.06)

Kurden in Syrien schmieden Einheit

Die Kurdinnen und Kurden aus West-Kurdistan (Syrien) haben vom 27. bis 29. Mai 2006 in Kelmis und Brüssel (Belgien) eine historische Entscheidung getroffen, die von großer Bedeutung für die Zukunft des kurdischen Volkes in Syrien ist und die wegweisend für die Perspektiven der gesamten syrischen Oppositionsbewegung sein wird.

Das erklärte Ziel der Konferenz war die Gründung einer Dachorganisation der kurdischen Parteien, die bevollmächtigt ist als eine einzige anerkannte und autorisierte Körperschaft die

kurdische Bevölkerung West Kurdistans politisch zu vertreten und auch in deren Namen zu handeln.

Die Teilnahme und konstruktive Kooperation aller anwesenden aus Syrien stammenden Parteien, Gruppen und zahlreichen Persönlichkeiten hat das dazu erforderliche Fundament gelegt.

Der Kurdistan National Congress (KNCS) fokussiert sich auf zuallererst eine grundlegende Veränderung in Syrien. Auf demokratische Reformen im Rahmen und Zeichen eines freiheitlichen demokratischen Gebildes, das auf der Basis einer neuen syrischen und allseits ratifizierten Verfassung gründet, welche die Existenz des kurdischen Volkes als zweite Nation neben der arabischen Nation anerkennt.

Der KNCS erklärt sich zu einem wesentlichen und unverzichtbaren Teil der syrisch demokratischen Opposition auf dem Weg in ein freies und demokratisches Syrien für alle in diesem Land lebenden Menschen.

KNCS setzt sich zusammen aus 37 repräsentativen Sitzen, Parteien und Gruppen, die im Kurdistan National Congress vertreten sind: Kurdistan Democratic Party - Syria, Demokratische Yezidische Partei, Partei der Zivilisation und Demokratie, Bewegung der Demokratischen Veränderung Kurdistans und Vertretung der Exilregierung West-Kurdistans.

Als Ehrenvorsitzender wurde der respektgebietende Prof. Ismat Sharif Wanly, ehemaliger Sprecher und Aktivist der kurdischen National-Befreiungs-Bewegung unter der Führung von General Mulla Mustafa Barzani gewählt. Prof. Wanly ist 82 Jahre alt und lebt in der Schweiz und genießt Anerkennung in allen Teilen Kurdistans.

Beobachter der Konferenz waren Vertreter der Kurdische Partei Yekiti, Kurdische Partei Azadi und Partei der Demokratischen Union.

Die Tür zur Teilnahme an KNCS ist offen und jede Partei kann auch zu einem späteren Datum zur erfolgreichen Zusammenarbeit dazukommen.

(Kurdistan-Info-Report, www.KDPS.org)

Aussöhnung in Irakisch-Kurdistan

Es ist nicht zu übersehen: Erbil boomt. Schon beim Landeanflug auf die nordirakische Stadt fallen die 15 Hochhäuser an der Peripherie des Flughafengeländes auf, die dort gerade entstehen. Die Bautätigkeit setzt sich entlang der Straße in die Innenstadt fort. Aus einem riesigen Loch im Zentrum, wo früher der Gemüse- und Obstmarkt abgehalten wurde und auch unzählige andere Händler ihre Waren auf schäbigen Ständen anboten, kriechen jetzt Betonwände und Glasfassaden. Ein gewaltiges, modernes Einkaufszentrum entsteht. Neue Wohnhäuser ebenfalls. Als Saddam Hussein im April 2003 gestürzt wurde, hatte Erbil rund 700 000 Einwohner. Heute sind es fast eine Million und der Bürgermeister der Stadt, Nehad Latif Qoja, ist sicher: Der Zuzug geht weiter.

Wer aus Deutschland kommt, braucht kein Visum zu beantragen, um in die kurdischen Gebiete im Irak einzureisen. Für den Rest des Landes aber gelten strenge Visa-Vorschriften. (...)

Drei Milliarden Dollar sind in den letzten drei Jahren in die Hauptstadt der Kurdenprovinzen geflossen. "Das Resultat sehen Sie überall", sagt der Bürgermeister nicht ohne Stolz. Neben dem Bauboom sei die Trinkwasserversorgung gesichert worden. Wo früher Schlaglöcher waren, ist jetzt feiner Asphalt.

Während der Irak auseinander zu fallen droht, proben die Kurden in ihren Gebieten die Einheit. Nach jahrzehntelangem, blutigen

Bruderzwist zwischen ihren beiden Führern Barzani und Talabani, haben diese sich nun versöhnt und eine Aufgabenteilung verabredet. Der eine herrscht in Erbil, der andere in Bagdad. Dschalal Talabani ist Iraks Staatspräsident, Mazoud Barzani Ministerpräsident der Kurdenprovinzen. Seitdem sieht man beide Hände schüttelnd von den Wänden öffentlicher Gebäude lächeln.

Noch vor zehn Jahren wäre dies undenkbar gewesen. Damals tobte ein Bürgerkrieg um die Macht im Norden. "Nur wenn wir zusammenhalten, können wir dem Druck von außen widerstehen und etwas bewegen", begründet Mohammad Amin Al Delawe den schwierigen Schritt der Aussöhnung. Als Gegenbewegung zur übrigen Entwicklung im Irak sieht der Leiter der Vertretung der KDP in Bagdad die Vereinigung der Kurden jedoch nicht. Eher schon als langen Prozess nach dem Ende der blutigen Auseinandersetzungen (1994 bis 1996) zwischen der KDP (Demokratische Partei Kurdistans) von Barzani und Talabanis PUK (Kurdische Einheitspartei).

2002 tagte das Regionalparlament wieder gemeinsam in Erbil, nachdem sich acht Jahre zuvor die 50 Abgeordneten der PUK ins drei Autostunden entfernte Suleimania zurückgezogen hatten und ihre Treffen dort abhielten. Mohammad Amin Al Delawe kehrte nach 30 Jahren Exil in Berlin-Charlottenburg wieder zurück in seine Heimat. Mit den ersten freien Parlamentswahlen im Irak wurde im Januar 2005 auch das kurdische Regionalparlament neu gewählt.

Der Vereinigungszug gewann an Fahrt. "Aus zwei mach eins ist nie einfach", kommentiert Mohammad die Entwicklung der letzten Jahre, und sein Kollege von der PUK nickt zustimmend. "Natürlich tut es weh, wenn Verwaltungen und Ministerien zusammengelegt werden", erklärt Ayad Haji Namiq, "und manche dann auch noch umziehen müssen". Was in Deutschland in großem Stil nach dem Fall der Mauer in den 90er Jahren geschah, passiere jetzt im kleinen Kurdistan mit nur knapp fünf Millionen Einwohnern. (...)

Das Hand-in-Hand der Kurden zahlt sich aus. Ihre Regionen im Norden entwickeln eine nie da gewesene Dynamik. Inländische und ausländische Investoren zieht es nach Erbil, Suleimania und Dohuk. Firmenniederlassungen entstehen als Fenster zum Rest des unsicheren, von Terror geplagten Landes. Denn während allein in Bagdad täglich im Durchschnitt zehn Anschläge verübt werden, bleibt es bei den Kurden weitgehend ruhig.

Die Sicherheitskräfte sind überall präsent im Stadtbild von Erbil. Die Peschmerga sind so zum größten Arbeitgeber avanciert. Die ehemaligen paramilitärischen Freiheitskämpfer wurden zu wachsamen Ordnungshütern. Sie regeln den Verkehr, fahren Patrouillen mit ihren Panzern, schieben Wache vor öffentlichen Gebäuden, kontrollieren die "Außengrenzen" ihrer Provinzen. Wer auf dem Landweg nach Kurdistan einreisen will, muss sich auf scharfe Kontrollen einrichten. Kurdistan ist ein Staat im Staate Irak.

(Birgit Svensson, in Märkische Allgemeine, 31.5.06)

PRO ASYL startet Kampagne gegen Abschiebung

PRO ASYL startet anlässlich der Fußballweltmeisterschaft die Aktion „Rote Karte für Deutschlands Abschiebetaktik“.

Nachdem die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern sich erneut nicht auf eine Bleiberechtsregelung einigen konnte, gehen Abschiebungen auch von langjährig Geduldeten unvermindert weiter. PRO ASYL appelliert an den Deutschen

Bundestag, sich seiner Verantwortung zu stellen und eine gesetzliche Bleiberechtsregelung zu beschließen. Die nächste Gelegenheit: die Beratungen des Bundestages über das Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz. PRO ASYL ruft Flüchtlingsinitiativen dazu auf, während der Fußball-WM Unterschriften für eine gesetzliche Bleiberechtsregelung zu sammeln. Plakate, Faltblätter, Postkarten und Aufkleber werden für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt.

Bei der Vorstellung der Kampagne kritisierte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL, die rigorose Abschiebepaxis und forderte einen sofortigen Abschiebestopp bis zum Inkrafttreten einer Bleiberechtsregelung. Deutschland leiste sich den fragwürdigen Luxus, 200.000 Menschen – von ihnen mehr als 120.000 länger als 5 Jahre im Lande lebend – auf Abruf hier leben zu lassen: mit einer Duldung, die die faktische Integration nicht anerkennt.

Einmal gewährtes Asyl wird massenhaft widerrufen. Über 40.000 Flüchtlinge waren hiervon in den letzten Jahren betroffen. Völlig unnötig wird Flüchtlingen aus dem Irak, Kosovo, Afghanistan usw. der zum Teil vor Jahren gewährte Schutz und damit häufig das Recht auf Aufenthalt entzogen.

Unter www.proasyl.de stehen das Plakatmotiv, der Aufruf, die Unterschriftenliste und weitere Informationen zur Aktion zum Download bereit.

Film: Kilometre Zero in Deutschland

Der Kinostart in Deutschland von „Kilometre Zero“ des kurdischen Regisseurs Hiner Saleem fand am 25. Mai 2006 im Rahmen einer gut besuchten Galavorstellung im Beisein des Regisseurs sowie der Schauspieler Nazmi Kirik und Belcin Bilgin in Hamburg statt. Regisseur Saleem erklärte in seiner Rede, in dem Film gehe es um die Sinnlosigkeit des Krieges aus Sicht eines jungen Kurden. Ohne Kriegspartei zu sein, seien es die Kurden gewesen, die am meisten unter dem Iran-Irak-Krieg gelitten hätten. Weiterhin wies Selim auf seinen neuen Film hin, der ebenfalls in Südkurdistan gedreht wurde und im Herbst anlaufen wird.

Kilometre Zero" spielt im Jahr 1988, als „Chemie-Ali“ die kurdische Bevölkerung in Irakisch-Kurdistan mit Giftgas angriff. Von der Dramatik dieser Ereignisse erzählt Hiner Saleem nur indirekt, in einem Prolog und einem Epilog, die in Frankreich im Jahr 2003 spielen, als Bagdad fiel und in der irakischen Hauptstadt ein schwarzer Riesen-Saddam umständlich vom Sockel geholt wurde. Ako und seine Frau Selma leben inzwischen in Paris. 1988 aber waren sie von dieser Zuflucht noch weit entfernt. In einem abgelegenen kurdischen Dorf harren sie der Dinge. Der alte Vater von Selma ist bettlägerig und nicht transportfähig. Der kleine Sohn spielt unter Bäumen, auf die immer wieder Bomben der irakischen Luftwaffe fallen.

Das Land ist gespalten, der Diktator weiß, daß er auf die Loyalität der Kurden nicht zählen kann. Trotzdem heben die Offiziere der Armee auch hier Rekruten aus - der Krieg gegen Iran erfordert jeden Kämpfer, auch den dicken Sami und den widerwilligen Ako. Sie geraten in einen „drole de guerre“, in dem Ako so weit gehen würde, sich einen Fuß abschießen zu lassen, um nur lebendig wieder nach Hause zu kommen. Er wird schließlich dazu abkommandiert, einen gefallenen „Märtyrer“ nach Hause zu fahren. Der Sarg; über den eine irakische Fahne gespannt ist, ist auf das Dach eines Autos geschnallt. Ein mürrischer arabischer Fahrer wird ebenfalls abgestellt, und so macht sich Ako wieder auf den Weg in den Norden.

Von dieser Fahrt erzählt Hiner Saleem in "Kilometre Zero" mit einem lakonischen Witz, der die ganze Absurdität einer Existenz in einem menschenleeren Land vor Augen führt, das seine nationale Integrität durch Bomben auf die eigenen Leute garantiert. Mit seinem Fahrer liefert Ako sich einen zähen Kleinkrieg, ebenso mit den Soldaten an den zahlreichen Straßensperren. Irgendwann nimmt Hiner Saleem die Kamera zurück in eine Totale, in diesem Moment wird sichtbar, daß eine ganze Kolonne von gleich aussehenden Leichentransportern im Irak unterwegs ist. Diese Szene ist von ähnlicher symbolischer Wucht und absurder Komik wie das leitmotivische Bild vom schwarzen Saddam. Die Regimes, die auf Statuen gebaut sind, können mit dem Kino meistens nicht viel anfangen. „Kilometre Zero“ ist ein realistischer Film über eine absurde Diktatur - und wohl auch ein kleiner Racheakt an einem tödlichen Popanz.

Der Film läuft in Berlin, Dresden, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Köln und München.

Infos unter: www.mitosfilm.com; www.kilometre-zero.com

(Berliner Morgenpost, 25.5.06; Yeni Özgür Politika, 26.5.06; KDI; Tagesspiegel, 28.5.06)

Weißten Nächte in Mülheim an der Ruhr

Zum ersten Mal finden die Weißten Nächte zur Saisonöffnung vom 11. bis 13. und 17. bis 20. August 06 im Raffelbergpark in Mülheim an der Ruhr statt und läuten das Jubiläumsjahr des Theater an der Ruhr ein, das sein 25jähriges Bestehen feiert. Festlich ist auch das diesjährige Programm mit allabendlichen Konzerten, Tanzvorführungen einer 35-köpfigen Musik- und Tanzgruppe aus Irakisch-Kurdistan, der Theateraufführung des Stückes "Otrar Nameh" der iranischen Gruppe New Experience aus Isfahan, drei neuen Stücken aus dem Repertoire des Theater an der Ruhr, die zum ersten Mal in der Open-Air-Version gezeigt werden („Antigone“ nach Sophokles, „Dantons Tod“ von Georg Büchner und „Es geht immer besser, besser – immer besser...“ – ein Tanzvergnügen von Ödön von Horváth) sowie einem Theaterfest für Groß und Klein.

Am 17. August, 19.00 Uhr Tanzaufführung! „Tipi Hunera Milliyekan und Arab Osman“, Irakisch-Kurdistan. Die 35köpfige Gruppe aus Erbil zeigt faszinierende Tänze aus dem Nordirak. Der legendäre Sänger Arab Osman begleitet die Tänze mit traditionellen „Dengbej“-Liedern, in denen Geschichten aus dem Orient erzählt werden. Der Eintritt ist bei allen Vorstellungen frei.

Theater an der Ruhr in Mülheim/Ruhr, theater-an-der-ruhr@ealise.de, www.theater-an-der-ruhr.de

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, <http://www.pen-kurd.org/>